

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2022

KINDERSCHUTZBUND LANDESVERBAND SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nach wie vor ist der Stellenwert von Kindern und Jugendlichen in Politik und Gesellschaft nicht so, wie er sein sollte. Das haben die Erfahrungen in den letzten Jahren gezeigt: In der Corona-Pandemie waren vor allem Kinder und ihre Familien die Leidtragenden. Lange hatte die Politik Kinder und Jugendliche nicht ausreichend im Blick. Dabei müssen gerade jetzt die Bekämpfung von Kinderarmut, Maßnahmen gegen körperliche, sexuelle, seelische Gewalt und Vernachlässigung sowie eine ernsthafte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen politische Priorität haben.

Um die Situation für Kinder grundlegend zu verbessern, ist eine massive Stärkung der Kinderrechte unverzichtbar. Der Kinderschutzbund ist überzeugt: Die Haltung von Politik und Gesellschaft muss sich verändern, um die Lage der Kinder und Jugendlichen zu verbessern.

Daher fordern wir als Kinderschutzbund

- mehr Mut und mehr Tempo bei der Bekämpfung von Kinderarmut, denn **Kinder haben Armut nicht gewählt.**
- Stärkeren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor körperlicher, sexueller, seelischer Gewalt und Vernachlässigung zu schützen, denn **Kinder haben Gewalt nicht gewählt.**
- mehr Entschlossenheit bei der **Umsetzung von Beteiligung und Kinderrechten.**

Nachfolgend stellen wir unsere Forderungen dar und im Abgleich die Positionen der Parteien, abgeleitet aus den Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2022.

KINDER
HABEN
ARMUT
NICHT
GEWÄHLT
KINDERSCHUTZBUND-SH.DE

KINDER
HABEN
GEWALT
NICHT
GEWÄHLT
KINDERSCHUTZBUND-SH.DE



KINDERARMUT

Der Kinderschutzbund fordert mehr Mut und mehr Tempo bei der Bekämpfung von Kinderarmut, denn Kinder haben Armut nicht gewählt.

In Schleswig-Holstein ist noch immer jedes 5. Kind arm oder von Armut bedroht. Jedes 6. Kind lebt von Leistungen der Grundsicherung (SGB II). In Lübeck und Neumünster ist jedes 4., in Kiel sogar jedes 3. Kind von Armut betroffen.

Unter Armutsbedingungen aufzuwachsen, bedeutet für Kinder massive Beeinträchtigungen von Lebenschancen auf allen Ebenen: Durch Armut entstehen Risiken, wie schlechtere Chancen auf eine gute Bildung, eine Beeinträchtigung der körperlichen und gesundheitlichen Entwicklung sowie soziale Ausgrenzung und mangelnde gesellschaftliche Teilhabe.

Wir fordern:

- Tatsächliche Lernmittelfreiheit: Alle für den Schulalltag notwendigen Materialien kostenfrei!
- Verbesserung der Kinder-Infrastruktur! Die Kindergrundsicherung muss auf Landesebene durch den Auf- und Ausbau einer chancen- und bedarfsgerechten Infrastruktur in den Bereichen, Bildung, Freizeit, Sport und Kultur zur Armutsprävention flankiert werden.

Insbesondere fordern wir:

- Landesinvestitionsprogramm für benachteiligte Quartiere – in Stadt und Land
- Gute KiTas – beitragsfrei
- Ganztagsbetreuung im Grundschulalter – Land muss Rechtsanspruch kinderfreundlich umsetzen
 - Konsequente Beteiligung der Kinder
 - Qualitätsstandards für Personal und Betreuungsschlüssel
 - Gesundes, kostenfreies Mittagessen
 - Individuelle und inklusive, qualitativ gute Förderung
 - Gute Verzahnung schulischer und außerschulischer Angebote
- Schule – Verbesserung der Chancengleichheit
 - Kein Jugendlicher ohne Schulabschluss
 - Schulgesundheitsfachkräfte für alle Grundschulen
 - Digitales Lernen und Arbeiten in und außerhalb der Schule für alle ermöglichen
 - Freie Verfügungsmittel für Schulen in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen
- Kinderarmutsbericht alle 5 Jahre: Für eine Landesstrategie gegen Kinderarmut!



Welche Ansätze zum Abbau von Kinderarmut finden sich bei den Parteien?

In alphabetischer Reihenfolge:

Bündnis 90/ Die Grünen:

Laut Bündnis 90/ Die Grünen sollen Kinder und Jugendliche „frei von Armutsängsten aufwachsen und sich frei entfalten und entwickeln können.“ Die Wirkung der auf Bundesebene geplanten Kindergrundsicherung soll ausgewertet und geprüft werden. Es soll ebenfalls geprüft werden, ob der im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgehaltene Bildungs- und Teilhabepass „mit den Leistungen des Bundes sowie bereits bestehenden kommunalen Angeboten verschränkt werden kann.“ Durch Bürokratieabbau sollen „Angebote für Beratung, Hilfe und Förderangebote für alle Familien leichter zugänglich“ gemacht werden, etwa dadurch, dass „Menschen, die Leistungen beim Jobcenter beantragen, digital und in verständlicher Sprache auf weitere Unterstützungsangebote hingewiesen werden.“

Bündnis 90/ Die Grünen will eine „echte Lernmittelfreiheit für alle Schüler*innen“ erreichen, indem alle im Unterricht benötigten Druckschriften „leihweise und kostenlos zur Verfügung gestellt werden“ und auch Arbeitshefte, die zum Verbrauch bestimmt sind, kostenlos bereitgestellt werden. Außerdem soll jedes Kind, „unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern oder Erziehungsberechtigten die Möglichkeit haben, in der Schule und auch zuhause mit einem digitalen Gerät zu lernen.“

Bezogen auf Armutsbekämpfung soll gemeinsam mit wichtigen Akteur*innen „eine detaillierte Berichterstattung über die Lage in Schleswig-Holstein“ entwickelt werden.

Bündnis 90/Die Grünen schreiben, dass „das Ausrichten der Infrastruktur an den Bewohner*innen“ u.a. auch die Perspektive von Kindern mitdenken muss und, dass sie „mit jugendgerechter Infrastruktur im öffentlichen Raum Rückzugs- und Aufenthaltsräume schaffen, in denen junge Menschen unter sich sein können und die auch informelle und spontane Begegnungen ermöglichen.“ In jeder Gemeinde sollen „geeignete Treffpunkte für Jugendliche geschaffen“ werden, in denen „Freizeitangebote und soziale Beratung vereint werden“ können.

Mittelfristig streben Bündnis 90/ die Grünen die Beitragsfreiheit für Kitas an. Die Geschwisterermäßigung soll deutlich ausgeweitet, die Sozialstaffel weiter verbessert und der Gebührendeckel schrittweise weiter gesenkt werden. Der Schwerpunkt läge aber in der „weiteren Verbesserung der Qualität in den Kitas“, insbesondere durch „mehr Personal“ sowie perspektivisch Heilpädagog*innen in allen Kitas für die Inklusion.

Da die Bildungsgerechtigkeit weiterhin im Fokus stehen würde, sollen ggf. besondere Aufholprogramme für diejenigen, die besonders unter den pandemiebedingten Schulschließungen gelitten haben angeboten werden. Um das Ziel zu erreichen, „dass alle Jugendlichen einen Schulabschluss erlangen“ sollen „Maßnahmen zur Lern- und Verhaltensunterstützung“ gefördert und „entsprechende Fortbildungsangebote für Lehrkräfte“ ausgebaut werden. Das Perspektivschulprogramm soll ausgebaut und gestärkt werden. „Langfristig sollen an allen Grundschulen Gesundheitsfachkräfte tätig sein, um die Themen Gesundheitsförderung und Gesundheitsprävention bereits früh in der Schule zu thematisieren“, mittelfristig wird das Ziel verfolgt, dass an Schulen ein gesundes, regionales und kostengünstiges Essen ausgegeben wird“, das Thema „Gesundheit und Prävention“ soll gestärkt und „mehr Zeit für Bewegung und Sport geschaffen werden.“



Bündnis 90/ Die Grünen unterstützen, „dass alle am Ganzttag Beteiligten ein Rahmenkonzept für Schleswig-Holstein entwickeln, so dass der Ganzttag nicht nur als Betreuungs-, sondern auch als Bildungsangebot zukunftsgerichtet aufgestellt wird.“ Vor- und Nachmittag sollen „verzahnt“ und „landesweit einheitliche Rahmenbedingungen bei Raumstandards, Personal und Sachausstattung im Ganzttag“ gefunden werden, wobei ein Schlüssel zur Qualität „gut ausgebildete multiprofessionelle Teams“ seien. Angebote im Ganzttag sollen mit außerschulischen Akteur*innen auf den Weg gebracht werden und eine „gesundheitsfördernde und nachhaltige Ernährung“ angeboten werden. Geschwisterermäßigung und Sozialstaffel sollen auch im Ganzttag ausgeweitet werden.

Bündnis 90/ Die Grünen wollen zudem ein „landesweites 24 / 7-Bildungsticket als Angebot für alle Schüler*innen, Auszubildenden, Teilnehmenden an Freiwilligendiensten und allen unter 21-Jährigen in Schleswig-Holstein“ einführen.

CDU:

Die CDU stellt fest, dass „vor allem in den sozialen Brennpunkten in den Städten von Schleswig-Holstein Kinder und Jugendliche von Armut betroffen [sind]. In einigen Stadtteilen sind zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen auf staatliche Transferleistungen angewiesen.“ Daher will die CDU „vor allem die bestehenden Unterstützungssysteme für Kinder und Jugendliche stärken“ und „zusammen mit der offenen Kinder- und Jugendarbeit, mit der Kinder- und Jugendverbandsarbeit, mit der kulturellen Jugendarbeit, mit der aufsuchenden Jugendsozialarbeit sowie der erzieherischen Kinder- und Jugendschutzarbeit [...] das Thema Kinderarmut konzentriert angehen.“ Das Land soll „mehr Verantwortung beim Kampf gegen Kinderarmut“ übernehmen und es soll eine landesweite Kinderarmutskonferenz durchgeführt werden. Staatliche Leistungen, u.a. für Eltern, sollen digitalisiert und gebündelt sowie Kinder „durch Anpassung der Freibeträge und des Kindergeldes“ stärker berücksichtigt werden.

Die CDU will „die Mittel für Armutsbekämpfung weiter ausweiten“ und die Armutsberichtserstattung des Landes überprüfen und gegebenenfalls Verbesserungen auf den Weg bringen“.

Die CDU will „Regelungen zur Lernmittelfreiheit [...] mit den Schulträgern gemeinsam“ weiterentwickeln und „Schülerinnen und Schülern mit Unterstützungsbedarf [...] digitale Endgeräte zur Verfügung stellen.“

Bezogen auf Kita sei das vorrangige Ziel „eine weitere Reduzierung der Elternbeiträge“, um „insbesondere weitere Verbesserungen für Familien mit geringen Einkommen und für Familien mit vielen Kindern voran[zutreiben].“ Bezogen auf die Qualität sollen verbindliche Bildungsstandards in der Kita gesetzt, bis 2027 eine bundesweite Spitzenposition beim Fachkraft-Kind-Schlüssel erreicht und auch im Kita-Bereich die Vernetzung mit kulturellen Einrichtungen verstärkt werden.

In Schulen sollen u.a. neben dem Sportunterricht Bewegungsstunden eingeführt, eine „erweiterte Experimentierklausel für Schulen für neue digital unterstützte Unterrichtskonzepte“ geschaffen und digitale und analoge Elemente im Unterricht sinnvoll verzahnt werden. Die Teilnahme aller Schüler*innen der Gemeinschaftsschulen sowohl an den Prüfungen des Ersten allgemeinbildenden Schulabschlusses als auch des Mittleren Schulabschlusses, sei auch ein Mittel, „um die Anzahl an Schulabgehenden ohne Schulabschluss zu reduzieren“. Das Perspektivschul-Programm soll fortgeführt und weiterentwickelt werden.

Für den schulischen Ganzttag will die CDU „in einem Dialogprozess mit allen Beteiligten die nötigen Rahmenbedingungen für eine gute Bildung und Betreuung der Schülerinnen und Schüler [...] schaffen. Für eine gute „Verzahnung der Ganzttagsangebote mit außerschulischen Organisationen und Einrichtungen“ soll die



Zusammenarbeit mit außerschulischen Akteur*innen intensiviert und aktiv auf Verbände und Vereine zugegangen werden. Die Öffnung von Schulen zum Sozialraum soll weiter voranschreiten und multiprofessionelle Teams mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. „Gesunde Ernährung, ausreichend Bewegung und Prävention“ sollen in den Ganztage integriert werden.

FDP:

Die FDP will „der Kinderarmut gesamtstaatlich begegnen: Bund, Land und Kommunen müssen ein Hauptaugenmerk auf die Behebung von Armut bei Kindern und Jugendlichen legen.“ Da die Pandemie Familien „extrem gefordert und belastet“ habe, plant die FDP „die Schaffung wirksamer Ausgleichs- und Hilfsangebote durch zusätzliche Angebote in bestehenden Strukturen, z.B. durch Beratungsmöglichkeiten sowie Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche.“ Damit jeder „die Chance erhält, sein Leben selbstbestimmt zu gestalten“, setze die FDP auf „Maßnahmen der Jugendhilfe, die jungen Menschen diese Chance geben“.

Alle Schüler*innen sollen digitale Endgeräte erhalten, „um somit auch Schulbücher, wo es sinnvoll ist, sukzessiv durch digitale Medien zu ersetzen.“ Dies würde zur Lernmittelfreiheit gehören. Konkret soll gemeinsam mit den Schulträgern eine zeitgemäße Versorgung mit Soft- und Hardware sichergestellt werden, damit „jedes Kind in der Schule und Zuhause über ein zeitgemäßes digitales Endgerät zum Lernen verfügt“. Außerdem soll jedes schulpflichtige Kind einen Zugang zu Breitbandinternet haben.

Den „individuellen Lernbedürfnissen“ der Schüler*innen soll mehr Gewicht verschafft und „einschränkende Faktoren“ beseitigt werden. Die FDP will sich für „einheitliche Qualitätsstandards zur Ausstattung und zum Bau von Schulen einsetzen“ und „bessere Rahmenbedingungen an den allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen für den Unterricht und das Lernen, insbesondere für das Lernen in einer durch digitale Technologien geprägten Welt“ ermöglichen. Die Angebote der Schulsozialarbeit sollen erweitert werden und „die unterschiedlichen Unterstützungssysteme Schulbegleitung, Schulassistenz und Schulsozialarbeit im Interesse eines effizienteren Ressourceneinsatzes“ neu geordnet und sinnvoll zusammengeführt werden. Vorgaben zu Klassengrößen sollen verringert und die Wochenstundenzahl an den Grundschulen in den kommenden Jahren sukzessiv weiter angehoben werden. Bezogen auf Gemeinschaftsschulen würde „die Individualität der Lernprozesse [...] eine stärkere Differenzierung nach Neigung und Leistungsfähigkeit“ begründen. Nur so könne „der hohe Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine Schule ohne Abschluss verlassen, reduziert werden.“ Die Anzahl Jugendlicher, die allgemeinbildende Schulen ohne Abschluss verlassen, sei weiterhin viel zu hoch. „Bildungsgänge mit Berufsbezug, die sowohl einen höheren Schulabschluss als auch berufliche Orientierung und Grundbildung ermöglichen“ würden „neue Anreize und Herausforderungen [bieten], um Auswege aus der oftmals ursächlichen Schulmüdigkeit zu ermöglichen.“ Es soll eine „niedrigschwellige Möglichkeiten [ge]schaffen [werden], um Schulabschlüsse auch außerhalb der allgemeinbildenden Schulen zu erwerben“.

Ziel der FDP sei „die vollständige Beitragsfreiheit“ für Kitas. Der „Beitragsdeckel in der U3-Betreuung [soll] als erstes auf das Niveau der Ü3-Betreuung abgesenkt werden.“ Dieser gemeinsame Deckel soll dann „in jedem weiteren Jahr schrittweise um mindestens 10% abgesenkt werden.“ Hinsichtlich der Qualität sollen auf Grundlage der Evaluation der Kita-Reform festgelegt werden, ob z.B. hinsichtlich des Personalschlüssels „oder auch in Feldern wie Qualitätsmanagement, Medienkompetenz, Naturwissenschaft, Schuleingewöhnung oder Bewegungsangeboten zusätzliche Anstrengungen unternommen werden sollen.“ Ein besonderer Fokus soll „auf die Sprachförderung“ und die „Weiterentwicklung der Inklusion in den Kitas“ gelegt werden. Kitas „in Sozialräumen mit besonderen Herausforderungen“ sollen weiterentwickelt und mit einer „besseren Personalausstattung und eigenständigen Budgets“ unterstützt werden. Diagnostik und



Prävention in Kitas soll gestärkt werden, um sonderpädagogischen Förderbedarf rechtzeitig zu erkennen und die „Rahmenbedingungen für inklusive Bildungswege durch pädagogische Teams an den Schulen“ soll gestärkt werden.

Die bisherige Zweiteilung des Schultags soll sukzessiv abgebaut und „durch komplementäre schulische Ganztagsangebote“ ergänzt werden. Die FDP will sicherstellen, „dass Unterricht und die weiterenschulischen Veranstaltungen zu einer pädagogischen Einheit verbunden werden“. Die finanzielle Ausstattung der Ganztagschulen soll verbessert werden, damit verstärkt Kooperationen mit außerschulischen Akteur*innen geschlossen werden können. Der Ausbau der Jugend- und Sozialarbeit soll bedarfsgerecht weiter vorangetrieben werden.

Zudem schreibt die FDP, allerdings nicht konkret auf Kinder bezogen, dass der uneingeschränkte Zugang für alle Bürger*innen zu Kultur eins ihrer Grundanliegen sei.

SPD:

Die SPD will „aktiv gegen Kinder- und Jugendarmut vor[gehen] und [...] allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein gleiche Chancen ermöglichen“ sowie „prekäre Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen gezielt ab[bauen]“. Eine neue App soll alle staatlichen Leistungen für Familien bündeln und Kultur- und Sporteinrichtungen „sollen ihre Angebote als digitale Gutscheine in dieser App anbieten können“, wobei die Abrechnung mit zuständigen Behörden „möglichst einfach und diskriminierungsfrei“ gestaltet werden soll.

Die SPD schreibt, dass die Kindergrundsicherung für sie „eine einheitliche und armutsfeste Existenzgrundlage für Kinder und Jugendliche [bedeutet], die soziokulturelle, digitale und schulische Teilhabe sicherstellt. Die SPD will dafür sorgen, dass „die Leistungen bei den Kindern und Jugendlichen vollumfänglich ankommen“.

In jeder Legislaturperiode soll ein „Armut- und Reichtumsbericht für das Land Schleswig-Holstein“, mit Fokus u.a. auf Kinderarmut vorgelegt werden.

Die SPD strebt „weiterhin an, die Eltern von Kosten zu entlasten, die ihnen durch den Schulbesuch ihrer Kinder entstehen“, will durch eine Untersuchung abbilden, wie sich die Schulkosten entwickelt haben und „gemeinsam mit dem Bund, den Schulträgern und den Schulen Wege zur Reduzierung dieser Kosten finden.“ Wer eine „digitale Schule“ wolle, müsse „auch allen Schüler*innen ein digitales Endgerät zur Verfügung stellen bzw. dessen Erwerb ermöglichen. Außerdem schreibt die SPD, dass „alle für den Unterricht benötigten Materialien einfach und unbürokratisch von der Schule zur Verfügung gestellt werden“ müssen.

Wichtigstes Ziel der SPD sei, „auch in Schleswig-Holstein die KiTa für Familien schrittweise beitragsfrei zu machen.“ Konkret soll „bis 2027 die gebührenfreie Kinderbetreuung in den Kitas, Krippen und Kindertagespflege“ eingeführt werden. Eine „Qualitätssteigerung durch einen höheren Fachkraft-Kind-Schlüssel“ fördere u.a. die Entwicklung von Kindern. Analog zum Perspektivschul-Programm soll „für Kitas in Brennpunktanlagen ein Rahmenkonzept“ erarbeitet werden, dass etwa „zusätzliche Mittel für Sprachförderung, spezifische migrationsbedingte Bedürfnisse, Gesundheitsförderung, Ernährung und Sport sowie [...] [den] verstärkte[n] Einsatz von multiprofessionellen Teams“ ermöglicht.

Zum Erhalt von Grundschulen sollen weiterhin Kooperationen und innovative Konzepte wie die digitale Zusammenarbeit verschiedener Schulen unterstützt werden. Zur Sensibilisierung und Prävention sollen



regelmäßig Schulpsycholog*innen Schulklassen besuchen sowie Besuche bei Schulpsycholog*innen für alle Schüler*innen sowie Projekttag zum Thema psychische Gesundheit ermöglicht werden. Die Schulsozialarbeit soll „künftig an jeder Schule adäquat stattfinden“. Das Programm der Perspektivschulen soll fortgeführt und weiterentwickelt werden. Bei der Umsetzung des Ganztagsanspruchs will die SPD „insbesondere die Ziele der Beitragsfreiheit und hoher Qualitätsstandards im Blick behalten.“ Zusammen mit außerschulischen Akteur*innen sollen „vor Ort neue Konzepte und attraktive Angebote“ entwickelt werden und „im eigentlichen Sinne schulische sowie andere Ganztagsangebote enger miteinander verzahnt werden“. Schüler*innen sollen ein gesundes Frühstück, sowie „gesundes, warmes, saisonales, regionales und für alle bezahlbares Mittagessen erhalten.“

Außerdem strebt die SPD als langfristiges Ziel an, dass u.a. Kinder Bus und Bahn kostenfrei nutzen können. Zunächst soll „zusammen mit den Kommunen ein 365-Euro-Ticket für Kinder und Jugendliche“ eingeführt werden und „Schülerbeförderungskosten für Schüler*innen in ganz Schleswig-Holstein abgeschafft werden.“ Jedem Kind soll die Möglichkeit geboten werden, ein Instrument zu erlernen und für Angebote der Jugendverbandsarbeit gelte, „dass niemand aus finanziellen Gründen ausgeschlossen werden darf.“ Eine „Vor-Ort-für-Dich-Kraft“ soll „Angebotslücken zwischen gesundheitlicher, pflegerischer und sozialer Unterstützung [schließen] und den Alltag für u. a. „werdende Eltern, Familien, Säuglinge, Kinder oder Jugendliche erleichtern.“

SSW:

Der SSW schreibt, ihr „übergeordnetes Ziel ist und bleibt, Kinder und Jugendliche vor Benachteiligung und Ausgrenzung zu schützen und sicherzustellen, dass sie gesund und frei von Gewalt und Armut aufwachsen.“ Und, dass „über 60.000 Kinder in unserem Bundesland [...] in Armut [leben] oder [...] es fürchten [müssen].“ Der SSW will, „dass alle Leistungen und Fördermöglichkeiten, die Armut und insbesondere Kinderarmut entgegenwirken, zusammengefasst und bürokratische Hürden abgebaut werden, damit diese Leistungen auch digital beantragt werden können.“ Außerdem soll „die Vielzahl familienpolitischer Leistungen auf ihre Effizienz geprüft und gegebenenfalls gebündelt“ werden, das Kindergeld soll „den steigenden Preisen der grundversorgenden Lebenshaltungskosten angemessen angepasst“ werden und Kindergeld soll „künftig nicht mehr auf die Hartz-4-Leistungen angerechnet“ werden.

Der SSW will „einen umfassenden Ausbau der Lernmittelfreiheit und höhere Landeszuschüsse für digitale Bildung“, will die „Kosten für Eltern und Schüler:innen so niedrig wie möglich halten“ und fordert, „dass die Lernmittelfreiheit auch für digitale Endgeräte gilt.“ Kindern soll ein kostenloser Zugang zu Sport- und Kulturangeboten ermöglicht werden und geringverdienenden und kinderreichen Familien soll weiterhin einen Zuschuss für Familienferien gezahlt werden, wobei die Mittel bedarfsgerecht erhöht werden sollen. Der SSW fordert „kostenlose Bildungsangebote von der Krippe bis zur nachschulischen Betreuung.“ Kitas und Schulen mit besonderen Bedarfen sollen in Bezug auf Digitalisierung besonders gefördert werden. Das Schulgesetz soll angepasst werden, „um ein Regelwerk für den digitalen Unterricht zu erstellen.“

Der SSW will, dass jedes Kind einen Kitaplatz bekommt und die Kosten der Kitabetreuung in Gänze vom Staat übernommen werden.“ Kindern soll eine „eine kostenlose und gesunde Gemeinschaftsverpflegung angeboten werden.“ Schulen, die besonders gefordert sind, sollen durch zusätzliche Personalressourcen unterstütz[t]“ und die Entlastung von Lehrkräften durch „multiprofessionelle Teams“ ausgebaut werden.

Im Bereich des schulischen Ganztags will der SSW, „dass Unterricht und außerunterrichtliche Angebote z.B. von Sportvereinen und Musikschulen durch verbindliche Konzepte verbunden“ und die „Kooperation



von kultureller Jugendbildung und Schule“ weiter ausgebaut werden. Ein grundsätzliches Ziel sei „die kostenlose Schülerbeförderung auch für den Bereich der Sekundarstufe II.“



GEWALT GEGEN KINDER UND JUGENDLICHE

Der Kinderschutzbund fordert stärkeren Schutz von Kindern und Jugendlichen vor körperlicher, sexueller, seelischer Gewalt und Vernachlässigung, denn Kinder haben Gewalt nicht gewählt.

Viele Kinder und Jugendliche wachsen in gewaltbelasteten Verhältnissen auf. Das war schon vor der Corona-Pandemie bittere Realität, aber die Situation hat sich durch die Krise erheblich verschärft. Wir haben durch die soziale Isolation und den Rückzug ins familiäre eine Häufung von Risikofaktoren für Gewalt gegen Kinder beobachtet.

Leider haben sich unsere Befürchtungen bestätigt: Es ist während der Corona-Pandemie zu deutlich mehr Gewalt gegen Kinder gekommen. Und es ist anzunehmen, dass das Dunkelfeld groß ist. Das heißt viele Kinder müssen Gewalt erfahren, ohne dass ihr Leid bekannt und aufgearbeitet wird.

Wir fordern:

- Kinderschutz im ländlichen Raum stärken!
 - gut erreichbare Hilfen für Kinder und Jugendliche, unabhängig vom Wohnort
 - Projekte für digitale und mobile Beratungsangebote ermöglichen
- Schleswig-Holstein ein sichererer Ort für Kinder und Jugendliche – Verbindliches Angebot schaffen zur Beratung von Institutionen und Verbänden beim Thema Schutz von Kindern und Jugendlichen vor sexueller, körperlicher und seelischer Gewalt
- Ausbau der präventiven und helfenden Angebote für Kinder und Jugendliche, die körperliche, sexuelle und seelische Gewalt oder Vernachlässigung erleiden – da deutliche Steigerung bei Kindeswohlgefährdungen während der Pandemie
- landesweite Kampagne zur Aufklärung über körperliche, sexuelle, seelische Gewalt und Vernachlässigung und Hilfen – denn Kinderschutz ist eine gesellschaftliche Aufgabe



Welche Maßnahmen wollen die Parteien ergreifen, um den Kinderschutz zu stärken?

In alphabetischer Reihenfolge:

Bündnis 90/ Die Grünen:

Bündnis 90/ Die Grünen stellen fest: „Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz in allen Lebensbereichen. Die UN-Kinderrechtskonvention sichert jungen Menschen das Recht auf sicheres Aufwachsen und eine gewaltfreie Erziehung zu. Das Kindeswohl muss immer Vorrang haben.“

Da Einrichtungen und Organisationen, denen Kinder und Jugendliche anvertraut sind, die besten Ansatzpunkte zur Gewaltprävention bieten würden, müssen „für einen wirksamen Kinderschutz [...] flächendeckend alle Institutionen, die mit Minderjährigen in Kontakt sind, also neben Kitas und Schulen auch Sportvereine, Musikschulen und Freizeiteinrichtungen wie zum Beispiel Schwimmbäder, verpflichtend Schutzkonzepte einführen und diese wirksam umsetzen und leben“. Institutionen sollen bei der Erarbeitung von Schutzkonzepten unterstützt und haupt- und ehrenamtliche Erwachsene geschult werden. Einrichtungen für Kinder und Jugendliche „müssen Orte sein, die keinen Raum für Missbrauch lassen und dementsprechend verbindliche Standards setzen.“ Bündnis 90/ Die Grünen wollen „eine Kinderschutzkommission in Schleswig-Holstein einrichten“, „die Beschwerdestelle für Kinder- und Jugendliche am schleswig-holsteinischen Landtag mit Blick auf Missbrauchsfragen“ weiter ausbauen und allen Kindern und Jugendlichen zugänglich machen und „die Fachaufsicht des Landesjugendamtes stärken“. Die personelle Ausstattung der Allgemeinen Sozialen Dienste und Jugendämter soll auf kommunaler Ebene spürbar verbessert werden. Außerdem benennen die Bündnis 90/ Die Grünen einige Maßnahmen in Bezug auf sexualisierte und häusliche Gewalt, wie eine Fortsetzung des Landespräventionsprogramms vor sexualisierter Gewalt, die „Etablierung von Aufklärungsprogrammen zur sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche auch im Kontext schulischer Curricula“ sowie eine regelmäßige Umsetzung von „Präventionskonzepten zum Schutz vor sexualisierter Gewalt“ an allen Schulen. Auch soll die pädagogische Zusammenarbeit von Schulen mit freien Trägern, u.a. zum Schutz vor Gewalt schrittweise flächendeckend ausgebaut werden. Für die Polizei wird ein Aufgabenschwerpunkt u.a. im Bereich der der Missbrauchsabildungen und der sexualisierten Gewalt gegen Kinder gesehen. Die Bekämpfung von Gewaltdelikten, auch gegen Kinder, soll noch stärker in den Fokus genommen werden und die Umsetzung der Istanbul-Konvention zum Schutz von Frauen und Mädchen soll weiterhin einen hohen Stellenwert einnehmen. Im Abschnitt Schutz gegen Gewalt im Kapitel „Du hast die Hälfte der Macht – Frauen“, heißt es, dass Gewalt gegen Frauen und Kinder weiterhin zunehme. Daher halten es Bündnis 90/ Die Grünen für „besonders wichtig, Beratungsstellen und Frauenhäuser flächendeckend auszubauen und dabei die Anzahl besonders in den ländlichen Räumen aufzustocken, um sichere Anlaufstellen zu schaffen.“

CDU:

Die CDU schreibt in ihrem Wahlprogramm: „Kinderschutz ist uns wichtig“, „Prävention ist der beste Schutz vor Gewalt“ sowie, dass sie „auch im außerschulischen Bereich Schutzkonzepte verpflichtend einführen“ und die „‘kindersensible‘ Justiz“ weiter stärken wollen.

Der sexuelle Missbrauch von Kindern und Jugendlichen nehme seit Jahren, insbesondere im digitalen Raum, immens zu. Die CDU will „verstärkt KI [d.h. Künstliche Intelligenz] dafür nutzen, um Datenmaterial gerade in diesem Bereich auszuwerten“, entsprechende Taten „mit ganzer Kraft weiter bekämpfen und unterstützende Strukturen für von Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche sowie präventive Angebote



stärken“. Die CDU benennt, dass, „wenn Kinder im Haushalt leben, [...] sie immer auch mitbetroffen von häuslicher Gewalt“ sind. Es soll bei häuslicher Gewalt „durch die Vernetzung aller im Gewaltschutz beteiligten Akteurinnen und Akteuren eine Verfahrensbeschleunigung“ erreicht, „die Frauenberatungsstellen, Kinderschutzeinrichtungen sowie das KIK-Netzwerk“ weiter gestärkt sowie „die Präventionsarbeit an Schulen“ ausgebaut werden. Durch die „Fortbildung von Lehrkräften“ soll erreicht werden, „dass die Schule als Institution für das Thema mehr Verantwortung übernimmt“, da „Mädchen und Jungen [...] gleichermaßen aufgeklärt und sensibilisiert werden“ müssen. Für Frauenhäuser sollen „landesweite Qualitätsstandards“ festgeschrieben werden, um „gleich gute Angebote für Frauen und ihre Kinder zu schaffen.“ Der Opferschutz soll gestärkt, die „vertrauliche Spurensicherung bei sexualisierter und häuslicher Gewalt“ gestärkt und „Femizide, die Tötung von Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts, mit aller Kraft weiter bekämpf[t]“ werden.

FDP:

Zum Schutz der Kinder schreibt die FDP, dass „ein Ausbau der Kinderschutzzentren ermöglicht werden“ soll. Unter der Überschrift „Kinder und Jugendliche verdienen eine Stimme“ heißt es weiter, dass die Beratungs- und Betreuungsangebote gestärkt und nach Bedarf ausgeweitet werden sollen.

Da insbesondere in der Pandemie Kinder und Jugendliche oft weniger Unterstützung durch Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen erhalten hätten, sei es „nun dringend notwendig, dass Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen den Kontakt zu den Jugendlichen wiederherstellen, die sie schon zuvor betreut haben, und Kontakt zu den Jugendlichen aufnehmen, die neu von innerfamiliären Krisen oder Problemen in der Schule betroffen sind.“ Die FDP schreibt weiterhin, dass für sie der Opferschutz ein wichtiges Anliegen sei, dass u.a. die Zusammenarbeit mit „Interventionsstellen gegen Gewalt in sozialen Beziehungen“ weiter ausgebaut werden soll und, dass sie „den Schutz vor Gewalt vorantreiben“ werden. Neben „eine[r] Politik im Sinne der Istanbul-Konvention gegen geschlechtsspezifische Gewalt“ sollen Maßnahmen zur Gewaltprävention insbesondere an Schulen stetig evaluiert und ggf. neue Modelle getestet werden. Außerdem sollen die „Frauenhäuser, inklusiver dazugehöriger Kinderschutzzentren“ gestärkt werden. Zudem benennt die FDP, dass „der Sport eine wichtige Rolle bei der Gewaltprävention“ spiele.

SPD:

Die SPD schreibt, dass „gerade die Corona-Pandemie [...] noch einmal deutlich unterstrichen [hat], wie dringend Kinder und Jugendliche unseren Schutz brauchen. Das gilt selbstverständlich auch für ihren Schutz vor körperlicher Gewalt, seelischer Gewalt, sexualisierter Gewalt Vernachlässigung und Ausbeutung.“ Deshalb müsse „das Netz aus Prävention, Intervention und Hilfen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene“ dringend weiter ausgebaut und gestärkt werden.

Die SPD will ein „Landespräventionsprogramm entwickeln, das „u.a. die Bereiche Familie, Schule, Kita, Sport, Menschen mit Behinderung, offene Jugendarbeit und die Jugendhilfe“ mitdenkt und, „Projekte und Maßnahmen zur Prävention von Gewalt jeglicher Form an Kindern und Jugendlichen“ ausbaut und die Erarbeitung von Schutzkonzepten „überall dort, wo Fachkräfte oder Ehrenamtliche mit Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten“ fördert, „die interdisziplinäre Zusammenarbeit aller Kinderschutzzentren*innen vor Ort weiter stärk[t] sowie regionale und kommunale Netzwerkstrukturen nachhaltig ausbau[t].“ Schulen sollen darin unterstützt werden Präventions- und Interventionskonzepte mit externer Unterstützung entwickeln und weiterentwickeln zu können. Der Kinderschutz im ländlichen Raum soll gestärkt werden. Ebenso sollen die Unterstützungsleistungen für Kinder als Zeug*innen von häuslicher Gewalt gestärkt und in Einklang mit der Istanbul Konvention „das Angebot für hilfebedürftige Frauen und



deren Kinder flächendeckend und bedarfsgerecht“ ausgestaltet und auskömmlich finanziert werden. Der Grundsatz „Nur ja heißt Ja“ soll frühzeitig und nachhaltig vermittelt, in Schulbücher und andere Lernmaterialien aufgenommen werden und Lehrkräfte für die aktive Vermittlung dieses Grundsatzes befähigt werden. Die Ausstattung stationärer Einrichtungen der Jugendhilfe soll weiterentwickelt werden, um „den steigenden Bedarfen und dem Schutz der Kinder gerecht werden [zu] können.“ „Die für den strukturellen Kinderschutz notwendigen Fachkräfte müssen nachhaltig qualifiziert und geworben werden“. Ein neuer Landesrahmenvertrag für erlaubnispflichtige Einrichtungen soll „den Kommunen eine abgestimmte Orientierung für die Rahmenbedingungen und den strukturellen Kinderschutz“ bieten. Kinderschutzzentren seien ausreichend zu finanzieren und zu unterstützen. Die SPD will weiterhin mit den „Trägern von Kinder und Jugendeinrichtungen in einen Dialog darüber treten, wie Kinder und Jugendliche bestmöglich geschützt und empowert, also ermächtigt werden können.“

SSW:

Der SSW schreibt, ihr „übergeordnetes Ziel ist und bleibt, Kinder und Jugendliche vor Benachteiligung und Ausgrenzung zu schützen und sicherzustellen, dass sie gesund und frei von Gewalt und Armut aufwachsen.“

Der SSW will „einen bundesweit geltenden Rechtsanspruch auf Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Personen“ und „die Angebote für die Menschen, die Opfer eines Verbrechens wurden, ausbauen und verstetigen.“ Außerdem soll die unverzichtbare professionelle Struktur von Frauenhäusern sowie Frauen- und Mädchenberatungsstellen erhalten und bedarfsgerecht [...] [ausgebaut werden], um die Istanbul-Konvention zu erfüllen.“



KINDERRECHTE UND BETEILIGUNG

Der Kinderschutzbund fordert mehr Entschlossenheit bei der Umsetzung von Beteiligung und Kinderrechten.

Der Kinderschutzbund hat sich in seiner Arbeit mit und für Kinder und ihre Familien zum Ziel gesetzt, Kinderrechte mit Leben zu füllen und deren Umsetzung für jedes Kind in Deutschland zu garantieren.

Für den Kinderschutzbund ist klar: Kinder und Jugendliche müssen auf allen Ebenen beteiligt werden, damit sie ihre Belange, Sichtweisen und Bedürfnisse aktiv einbringen können. Partizipation von Kindern und Jugendlichen an den Dingen, die sie betreffen ist ein grundlegend wichtiger Baustein für ein gutes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Und es ist ein eigenständiges Recht, verankert in der UN-Kinderrechtskonvention.

Die eigenständigen Rechte von Kindern müssen von der Verfassung besonders geschützt werden. Der Kinderschutzbund tritt seit mehr als 20 Jahren dafür ein, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden.

Aber auch auf Landesebene gibt es noch Handlungsbedarf: Zwar sind die Kinderrechte seit 2010 in der Landesverfassung aufgenommen, allerdings noch ohne den Vorrang des Kindeswohls und die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen.

Wir fordern:

- Kinder und Jugendliche stärken: Umfassende Kinderrechte in die Landesverfassung – Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und Vorrang des Kindeswohls aufnehmen!



Wie wollen die Parteien die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und die Kinderrechte stärken?

In alphabetischer Reihenfolge:

Bündnis 90/ Die Grünen:

„[...] wollen wir die Rechte von Kindern stärken, indem wir auch das Recht auf Beteiligung und den Vorrang des Kindeswohls in die Landesverfassung aufnehmen.“

Bündnis 90/ Die Grünen setzen sich „für eine flächendeckende und konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf allen politischen Ebenen sowie in der Kita, der Schule, der Jugendarbeit und in der Jugendhilfe, etwa in der Heimerziehung und in Pflegefamilien ein“ und streben auf Landesebene „die Bildung einer Landesjugendvertretung an, in der verschiedenste Gruppen junger Menschen vertreten sein sollen.“ Bündnis 90/ Die Grünen will sich für eine ausreichende Ausstattung einsetzen, damit Beteiligung gelingt und sieht für die Arbeit von Schüler*innenvertretungen sowie Kinder- und Jugendbeiräten „den Einsatz von pädagogischen Geschäftsführungen“ als notwendig an. Die Arbeit von Schüler*innenvertretungen und Kinder- und Jugendbeiräten soll „miteinander verzahnt und vernetzt werden dürfen“. Bündnis 90/ Die Grünen will eine „jugendpolitische Strategie für Schleswig-Holstein entwickeln“, sowie einen „Jugend-Check“ einführen, um Gesetzesfolgen für junge Menschen abschätzen zu können und, „dass Kinder und Jugendliche entweder in Beiräten oder über Beauftragte bei den Kommunalvertretungen verbindlich beteiligt werden.“ Für die Partizipation in Kitas soll ein „Qualitätsbaustein“ entwickelt werden. Für Schulen sollen „die Beteiligungsmöglichkeiten aller Personengruppen“ ausgebaut und partizipative Modelle gestärkt werden und die Interessen von Schüler*innen auch weiterhin in politische Gremien eingebunden werden, indem die Landesschüler*innenvertretungen aktiv über Sitzungen des Bildungsausschusses informiert werden. „Ein*e Kinder- und Jugendbeauftragte*r des Landes soll die Kinder- und Jugendbeteiligung künftig evaluieren und fortschreiben, damit weitere Maßnahmen identifiziert und auf den Weg gebracht werden können.“

CDU:

Die CDU will die „Jüngsten [...] unterstützen, begleiten und [ihnen] eine starke Stimme verleihen“, „sicherstellen, dass Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene ihre Mitwirkungs- und Gestaltungsmöglichkeiten verstärkt wahrnehmen und nutzen können“ und prüfen, „ob landesweit einheitlichere Standard für die Beteiligung von Jugendlichen erarbeitet werden können.“ Auf Landesebene soll „eine legitimierte direkte Kinder- und Jugendvertretung“ eingerichtet werden. Die CDU will außerdem „die Beteiligung schon in der Kita weiter stärken“ und an Schulen im Dialog mit Eltern und Schüler*innenvertretungen, „die Rahmenbedingungen für Vertretungsarbeit weiter verbessern“.

FDP:

Die FDP stellt fest, dass Kinder Rechte als Bürger hätten, darüber hinaus aber noch eine besondere Würdigung verdienen, „um ihre Grundrechte auch im Verhältnis zu Staat und Eltern zu definieren.“ Daher will die FDP „die Forderung, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, befördern und unterstützen.“ Es wird ein weiterer „Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche in ihren unmittelbaren Lebenswelten“ angestrebt, auch kleinere Kommunen sollen darin unterstützt werden, „eine repräsentative Jugendvertretung zur Beteiligung bei kommunalen Entscheidungen zu etablieren“ und der „Dialog des Landtages mit der jungen Generation [soll] durch moderne Formate“ ausgeweitet werden.



SPD:

„Um die Kinderrechte in Schleswig-Holstein weiter zu stärken [...] wollen wir unsere Landesfassung um Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen und den Vorrang des Kindeswohls ergänzen.“

Die SPD will die Bedürfnisse und Rechte von Kindern und Jugendlichen bei ihren Vorhaben „maßgeblich berücksichtigen“ und schreibt, dass die Corona-Pandemie deutlich gezeigt habe, dass junge Menschen sich zu wenig gehört und beteiligt fühlen. Daher soll die „strukturelle Beteiligung von Kindern und Jugendlichen“ gestärkt werden. Die SPD will sich für „Jugendbeteiligung in allen Lebensbereichen“ einsetzen. Da die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Städten und Gemeinden in der Realität kaum Beachtung fände, soll gute Beteiligung verbindlich gemacht, Paragraph 47 (f) der Gemeindeordnung zur Beteiligung von Kindern und Jugendliche „in Planungsprozessen konsequent eingebunden“ und Kinder- und Jugendbeteiligung sozialpädagogisch begleitet werden. Außerdem sollen KiTas darin unterstützt werden, „mehr Beteiligung für alle Altersgruppen zu ermöglichen“ und Kinder sollen „vor dem Eintritt in die Schule ihre Rechte kennen“. Außerdem will die SPD die die „Juniorwahl von Schüler*innen zukünftig flächendeckend fördern“ und die „Vertretung von Schüler*innen sowie von Eltern auf Augenhöhe“, wobei das Engagement durch eine Geschäftsstelle unterstützt werden soll.

SSW:

Der SSW stellt fest, dass „alle wichtigen Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche betreffen, gemeinsam mit ihnen und nicht über ihre Köpfe hinweg getroffen werden [müssen]“. Dies will der der SSW erreichen durch eine Stärkung der „demokratische Mitbestimmungsrechte“ von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Schulen, Freizeiteinrichtungen und Hochschulen; eine Verstetigung von Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene; einen „niedrigschwelligen Zugang zu einer Ombudsstelle für alle Kinder“; „kindgerechte Rahmenbedingungen und mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten“ für Kinder in Angeboten der Jugendhilfe sowie die Einführung eines „verbindlichen Jugendcheck[s]“, d.h. „in Zukunft soll eine externe Stelle alle Gesetzesvorhaben des Landtages und der Landesregierung und alle Verordnungen des Landes auf ihre Auswirkungen auf Jugendliche überprüfen“. Außerdem soll die Mitbestimmung von Eltern und Schüler*innen gefördert werden, indem die Vertretungen gestärkt werden.



Der Kinderschutzbund
Landesverband
Schleswig-Holstein

Deutscher Kinderschutzbund
Landesverband Schleswig-Holstein e.V.
Sophienblatt 85, 24114 Kiel
Tel: 0431/6666790, Fax: 0431/66667916
www.kinderschutzbund-sh.de

Hinweis: Die vollständigen Wahlprogramme zur Landtagswahl sind auf den jeweiligen Internetseiten der Parteien zu finden.